



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 07/2017



Frohe Weihnachten und
ein glückliches neues Jahr

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem Newsletter möchte ich Ihnen und euch nun zum letzten Mal in diesem Jahr über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Seit dem Regierungswechsel im Mai ist nunmehr ein halbes Jahr vergangen. Auch in der letzten Plenarrunde haben wir vergeblich auf zündende Ideen und ein zukunftsorientiertes Konzept der schwarz-gelben Regierung gewartet. Vielmehr bleibt die Mitte-Rechts-Koalition in den wichtigen Bereichen wie Finanzen, Kommunen, Mobilität und Wohnen Antworten schuldig. So lässt die Landesregierung beispielsweise beim Thema „bezahlbarer Wohnraum“ gerade jene Menschen im Stich, die sich die teuren Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt nicht leisten können. Aber so kennen wir Schwarz-Gelb, getreu dem Motto „der Markt wird es schon richten“, mit fatalen Folgen für Mieterinnen und Mieter.

In der letzten Woche habe ich – mittlerweile ist es schon fast eine Tradition geworden - selbstgebackene Kekse als Weihnachtsgruß auf dem Dülmener Wochenmarkt verteilt. Ruck zuck waren 500 Weihnachtsplätzchen verteilt und viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die offene Gesprächsatmosphäre. Auch im nächsten Jahr freue ich mich auf den Austausch mit Ihnen und euch. Und wenn Interesse besteht den Landtag zu besuchen, mein Büro ist bei der Planung gerne behilflich.

Im Januar melde ich mich mit meinem Newsletter wieder zurück, bis dahin wünsche ich Ihnen und euch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, und natürlich viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

André Stinka MdL

HAUSHALT 2018: DOKUMENT SOZIALER KÄLTE



Am 20. und 21. Dezember 2017 wird in zweiter Lesung über den Landeshaushalt* 2018 beraten. Dabei zeigt sich: Die Zukunft des Sozialtickets bleibt weiter ungewiss. Der SPD-Antrag, im Landeshaushalt bis zum Jahr 2021 jährlich mindestens 40 Millionen Euro für das Sozialticket bereitzustellen und die Mittel für 2018 auf 50 Millionen Euro zu erhöhen, wurde abgelehnt. Auch unserem Antrag, die Kommunen mit 500 Millionen Euro zusätzlich zu unterstützen, um die kommunale Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung zu senken und zusätzliche Mittel für geduldete Flüchtlinge zur Verfügung stellen, hat die Mitte-Rechts-Koalition eine

Absage erteilt. Um dies gegenfinanzieren hat die SPD-Fraktion den Verzicht auf 200 zusätzliche Stellen in den Ministerien der Landesregierung beantragt. CDU und FDP haben auch dies abgelehnt; sie häufen lieber zusätzlich Bürokratie an, statt unsere Städte und Gemeinden zu entlasten und die Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen zu verbessern.

* Der Haushalt muss gemäß der Landesverfassung jedes Jahr drei Lesungen durchlaufen. Die Erste Lesung ist die Einbringung des Haushalts durch die Landesregierung in den Landtag. In der ersten Lesung wird eine grundsätzliche Debatte über das Gesetzesvorhaben geführt. Danach werden die Einzelpläne (z.B. Schule, Verkehr usw.) des Haushalts in den jeweiligen Fachausschüssen des Landtags beraten. Danach geht der Haushalt, mit den entsprechenden Ausschussänderungen, zurück in das Plenum. In dieser zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf auf der Grundlage des Ausschussberichts erneut beraten. Im Anschluss wird er zur Schlussberatung wieder an den Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen. Im Januar wird der Haushalt zur abschließenden Abstimmung und Generaldebatte wieder ins Plenum überwiesen.

„STAUBEKÄMPFUNG“ À LA SCHWARZ-GELB: VERSPROCHEN, GEBROCHEN!

Die CDU hat im Landtagswahlkampf mit dem Slogan „Bewegung wählen – Weg mit den Staus in NRW“ geworben. Damit wurde der Eindruck erweckt, dass der Stau auf den Straßen zügig beseitigt werden könne. Nach der Wahl will man davon nichts mehr wissen. So erklärte Verkehrsminister Wüst (CDU) am 11.07.2017 im WDR: „Ich kann nicht versprechen, dass es in dieser Wahlperiode besser wird.“ Das ist Wählertäuschung. Der Mitte-Rechts-Koalition fehlt ein schlüssiges Konzept, um den Stau auf unseren Straßen zu bekämpfen. Die bisher unterbreiteten Vorschläge (effizienteres Baustellenmanagement, Nachtbau- oder 6-Tage-Baustellen) sind ein Anfang, wurden allerdings schon von der SPD-geführten Vorgängerregierung vorangetrieben. Zwischenbilanz: Die Staulänge nimmt stetig zu – und nicht ab.

[Drucksache 17/812](#)

BEZAHLBARES WOHNEN: MITTE-RECHTS-KOALITION LÄSST MIETER/-INNEN IM STICH



Die schwarz-gelbe Landesregierung hat dem landesrechtlichen Mieterschutz den Kampf angesagt. Im Wahlkampf wurde argumentiert, dass Instrumente zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs und gegen verantwortungslose Vermieter überflüssig seien. Stattdessen sollten Probleme durch vermehrten Wohnungsbau gelöst werden. Wahlkampftheorie trifft nun auf politische Praxis: Mit dem Stopp der neuen Landesbauordnung sind die Investitionen in den geförderten Mietwohnungsbau eingebrochen. Die Landesregierung will zudem die Fördermittel zur Wohnraumförderung um 300 Millionen Euro (Minus 27 Prozent) pro Jahr kürzen. Im Mittelpunkt der sozialen Wohnraumförderung müssen die Menschen stehen, die sich am Wohnungsmarkt nicht mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Diese Menschen lässt die Mitte-Rechts-Koalition im Stich.

[Drucksache 17/1438](#)

FAHRVERBOTE: SCHWARZ-GELBE KONZEPTLOSIGKEIT

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Großstädten werden immer wahrscheinlicher. Laut Medienberichten überlegt die Bezirksregierung in Düsseldorf bereits, wie ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in der Landeshauptstadt umgesetzt werden kann. Die Landesregierung betont zwar, gegen Fahrverbote zu sein, legt aber kein Konzept dafür vor, wie sie diese vermeiden will. Die Landesregierung muss den Städten dabei helfen, die Luftreinhaltepläne effektiv weiterzuentwickeln, ohne dass Fahrverbote verhängt werden müssen. Wir wollen das Verursacherprinzip stärken: Wer für die Verschmutzung verantwortlich ist, muss dafür zahlen – das gilt zum Beispiel für die Automobilhersteller, deren Autos die vorgegebenen Stickoxid-Werte durch Falschangaben nicht einhalten.

[Drucksache 17/1439](#)

ANDRÉ STINKA: „MITTE-RECHTS-KOALITION SETZT BEI LADENÖFFNUNG AUF IDEOLOGIE STATT DIALOG“

„Bei der Anhörung zum „Marktentfesselungspaket“ hat die schwarz-gelbe Mitte-Rechts-Koalition wieder einmal ihre Ideologie verdeutlicht: Marktentfesselung auf Kosten der Beschäftigten und ihrer Familien“, erklärt der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete und Unterbezirksvorsitzende der SPD im Kreis André Stinka.

„Die Änderung der Ladenöffnungszeiten, die die Mitte-Rechts-Koalition im Rahmen des Marktentfesselungspakets anstrebt, fördert Rechtsunsicherheit aller Kommunen im Kreis und belastet Beschäftigte und deren Familien. Um das Umsatzinteresse vor allem großer Einzelhandelsketten zu bedienen, müssen zuallererst gering bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einzelhandel ihre freie Zeit opfern. Mit Spannung warten die Sozialdemokraten darauf, wie die CDU im Kreis das „C“ in ihrem Namen erklärt, wenn die Vertreterinnen und Vertreter von elf Millionen Christinnen und Christen in der Anhörung die Sonntagsruhe als christlichen Wert verteidigen“, so Stinka weiter.

WILL SCHWARZ-GELB DAS ENDE DER WINDKRAFT IN NRW?



Infoveranstaltung der SGK Kreis Kleve mit André Stinka

Wohin will die schwarz-gelbe Koalition im Düsseldorfer Landtag eigentlich mit der Windkraft? Dieser Frage stellte sich die Sozialdemokratische Gemeinschaft der Kommunalpolitiker (SGK) im Kreis Kleve zusammen mit André Stinka (Sprecher der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz).

In ihrem Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2017-2022 haben CDU und FDP im Bereich der Windkraft einschneidende Maßnahmen angekündigt. Ziel scheint es zu sein, den Windkraftausbau nach der Fertigstellung bereits genehmigter Anlagen zum Erliegen zu bringen. Zwar betont die neue Landesregierung, sie halte an den Klimaschutzzielen der Vorgängerregierung fest und wolle auch die Energiewende vorantreiben. Fakt ist jedoch, dass sie mit ihren angedachten Maßnahmen – insbesondere mit dem 1500m Abstand – große Unsicherheit besonders auf kommunaler Ebene, aber auch auf unternehmerischer Seite schürt. „Mit ihren Ankündigungen sorgt die Landesregierung dafür, dass viele, viele Anlagen nicht geplant oder umgesetzt werden. Das hilft uns nicht bei der Erreichung unserer Klimaschutzziele. Man fragt sich vielmehr: Will Schwarz/Gelb die Windenergie kaputt machen?“, so André Stinka.

Hejo Eicker, Vorsitzender der SGK Kreis Kleve, ergänzt: „Der Windkraftausbau bedeutet in vielen Kommunen konkrete, aber auch komplexe und emotional geführte Diskussionen zu Fragen des Planungsrechts, der Bürgerbeteiligung, der lokalen Wertschöpfung und des kommunalen Steueraufkommens. Bei diesen lässt die Landesregierung die Kommunalpolitikerinnen und –politiker vor Ort aber allein, indem sie rechtlich nicht abgesicherte Ideen in den Raum stellt. Auch Bürgerinnen und Bürgern wird vorgegaukelt, dass zu ihrem Besten gehandelt wird. Das stimmt am Ende aber nicht und ist damit kein faires Spiel!“

WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf